2017.SR.000168

Motion Tamara Funiciello (JUSO), Christa Ammann (AL), Janine Wicki (GFL): Freier 8. März – Gleichstellung jetzt!

Die MotionärInnen fordern, den weiblichen Angestellten am 8. März frei zu geben, bis es keine unerklärbaren Lohnunterschiede mehr zwischen den Geschlechtern gibt. Der Lohnunterschied in der städtischen Verwaltung von 1,7% entspricht 3,3 zusätzlichen Arbeitstagen mehr – für die gleiche Arbeit. Mit diesem freien Tag wird ihnen ein Teil davon zurückgegeben. Und zwar an dem Tag, der für den Gleichstellungskampf der Frauen steht.

Begründung

Die Stadt Bern ist bekannt dafür, in vielen politischen Bereichen eine Pionierrolle inne zu haben. So scheint auch in Sachen Lohngleichheit erfreulicherweise hier die Situation besser zu sein als in anderen Bereichen in der Schweiz: Die Verwaltung der Stadt Bern gibt auf Anfrage an, dass der unerklärte Anteil des Lohnunterschiedes zwischen Männern und Frauen deren Arbeitgeberin die Stadt ist nur 1,7% beträgt. Weil jedoch jeder nicht erklärbare Lohnunterschied zu viel ist, die öffentliche Verwaltung in Sachen Frauen in Kaderpositionen nur schleppend vorankommt und vor allem, weil sich unter formalen Lohnungleichheiten viel weitergehende systemische wirtschaftliche Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern verstecken, besteht gerade auch in der Stadt Bern Handlungsbedarf, wenn sie in ihrer Pionierrolle Aussenwirkung entfachen soll.

Aus diesen Gründen soll die Stadt Bern ihrer Pionierinnenrolle gerecht werden, und das heisst: Die Ungleichheit offen sichtbar machen, weil das ein notwendiger Schritt ist, um den Gleichstellungs-Artikel in der Verfassung endlich umsetzen zu können.

Denn nach wie vor verdienen Frauen weniger als Männer. Die Lohnstrukturerhebung 2014, die das Bundesamt für Statistik im März 2017 veröffentlicht hat, zeigt, dass der Lohnunterschied zwischen den beiden offiziell anerkannten Geschlechtern nach wie vor 19,5% beträgt. Dies ist zwar weniger als noch 2011 (23.6%), doch, wenn wir in diesem Tempo weiterfahren, dauert es noch Jahrzehnte bis zur Lohngleichheit, was unerhört ist.

Im öffentlichen Sektor beträgt die Lohnungleichheit 16,6%, was zwar weniger ist als im privaten Sektor, dafür gab es seit 2011 praktisch keinen Rückgang.

Gewisse Lohnunterschiede lasse sich durch strukturelle Faktoren wie Bildungsstand, Anzahl Dienstjahre oder ausgeübte Kaderfunktionen erklären.

Auch hier besteht klar Handlungsbedarf, doch die MotionärInnen möchten den Fokus auf die 41,7% legen, die nicht durch solch strukturelle Faktoren erklärt werden können, sondern einzig und allein auf das Geschlecht zurückzuführen sind.

Lohnunterschiede zwischen Männer und Frauen basieren auf Geschlechterrollen und Genderstereotypen, die nach wie vor in unserer Gesellschaft verankert sind, unser aller Denken beherrschen. Sie dienen einzig den ArbeitgeberInnen, schaden der Wirtschaft und schränken die individuelle Freiheit der Gestaltung des eigenen Lebens empfindlich ein – dies ist mit einer liberalen Gesellschaftsordnung nicht vereinbar und insgesamt nicht tolerierbar.

Dies gilt es endlich zu überwinden. Der erste Schritt dazu ist es, diese Unterschiede sichtbar zu machen und zu thematisieren. Der Lohnunterschied ist nämlich nichts anderes als die Spitze des Eisbergs. Unter der Oberfläche kommt noch viel mehr hervor: 60% der unbezahlten Arbeit wird von Frauen geleistet. Sie übernehmen nach wie vor den Bärenanteil an unbezahlter Care Arbeit; Frauen sind nach wie vor in Kaderpositionen untervertreten.

Begründung der Dringlichkeit

Wir warten seit 40 Jahren auf Lohngleichheit.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 29. Juni 2017

Erstunterzeichnende: Tamara Funiciello, Christa Ammann, Janine Wicki

Mitunterzeichnende: Mohamed Abdirahim, Halua Pinto de Magalhães, Rithy Chheng, Johannes Wartenweiler, Bettina Stüssi, Nadja Kehrli-Feldmann, Seraina Patzen, Rahel Ruch, Lea Bill, Ursina Anderegg, Tabea Rai, Daniel Egloff, Luzius Theiler, Brigitte Hilty Haller, Lukas Gutzwiller, Regula Bühlmann